

Pressemitteilung

11.06.2013

MdL Astrid Vockert contra Kultusministerin: Verzögerungstaktik bei frühkindlicher Bildung

Fällt die Niedersächsische Kultusministerin Frauke Heiligenstadt in Sachen „Frühkindliche Bildung“ in einen märchenhaften Dornröschenschlaf? Dieser Frage geht die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Vockert im Rahmen einer Anfrage nach, die sie in den Niedersächsischen Landtag eingebracht hat.

Anlass: Die Kultusministerin will den Entwurf eines Kinderförderungsgesetzes erst zum Sommer 2014 (!) ins Parlament einbringen. Eine einjährige Dialogphase mit Kommunen, Verbänden und Pädagogen soll vorgeschaltet werden. Medienberichten zufolge beanstandet die Ministerin darüber hinaus, dass im aktuellen Kindertagesstättengesetz der Bildungsaspekt fehlen würde.

Über das Vorgehen der Ministerin wundert sich die CDU-Politikerin Astrid Vockert sehr. Ihr Verdacht: „Vermutlich spielt die Ministerin auf Zeit, um die mit ihren Wahlversprechen verbundenen erheblichen Kosten im Kita-Bereich noch nicht finanzieren zu müssen.“

Denn sachlich gesehen, gibt es nach Auffassung von Astrid Vockert keinen Grund für eine „Verzögerungstaktik“ beim Kinderförderungsgesetz. Die CDU-Landtagsabgeordnete erinnert daran, dass die SPD-Landtagsfraktion bereits im September 2008 einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Qualität in Tageseinrichtungen für Kinder in den Landtag eingebracht hatte. Gefordert wurde damals schon ein besserer Personalschlüssel in Krippen und Kitas, höhere Verfügungszeiten für Gruppenleitungen sowie eine wirkungsvollere Integration behinderter Kinder in Krippen.

Astrid Vockert kommentiert: „Es scheint so, als ob es der neuen SPD/Grünen geführten Landesregierung erst jetzt klar wird, mit welchen hohen Kosten ihr damaliger Gesetzentwurf verbunden ist. Wir haben damals den Gesetzentwurf nicht aus sachlichen sondern aus finanziellen Gründen abgelehnt. Die SPD scheint also erst jetzt zu merken, dass sie im Wahlkampf ihren Mund viel zu voll genommen hat.“

Ferner sei die Behauptung der Ministerin, die vorherige CDU/FDP-geführte Landesregierung habe den Bildungsaspekt im frühkindlichen Bereich vernachlässigt, völlig verfehlt. Richtig sei, dass die frühere Landesregierung bereits im Januar 2005 einen „Orientierungsplan für die Kindertagesstätten aufgelegt habe – mit insgesamt neun konkreten Bildungszielen für die Drei- bis Sechsjährigen. Dieser Bildungsplan sei seinerzeit gemeinsam mit zahlreichen wichtigen Akteuren wie z. B. der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände und der Landeselternvertretung entstanden, so Astrid Vockert.

Vertieft wurde dieser Orientierungsplan durch weitere Handlungsempfehlungen vom Mai 2012 für Kinder unter drei Jahren, die ebenfalls gemeinsam mit bedeutsamen Entscheidern für frühkindliche Bildung entwickelt wurden.

Fazit von Astrid Vockert: „Es ist schlichtweg falsch, dass sich die frühere Landesregierung nicht um die frühkindliche Bildung gekümmert hätte. Die jetzige Landesregierung spielt eindeutig auf Zeit, weil sie erkannt hat, wie kostenintensiv ihre Wahlversprechungen sind. Jetzt auf Verzögerungstaktik zu setzen, zeigt nur, dass nicht ehrlich mit den Wählerinnen und Wählern umgegangen wird.“